

**AdT Argument des Tages Nr. 2**

**Kommunal statt Privat: Gegen Public Privat Partnership (PPP)/Öffentlich-Private Partnerschaften**

Wahlbüro

4. August 2009

DIE LINKE. NRW setzt sich gegen das „Zusammenwirken mit privaten Unternehmen in sogenannten Public Private Partnership Projekten“ ein. „Während die Privaten die Gewinne machen, sollen Städte und Gemeinden die Risiken tragen. Bestehende Verträge dieser Art, auch langfristige Mietverträge und Ausgliederungen von weiteren Dienstleistungen, sind offen zu legen.“ (Politische Leitlinien zur Kommunalwahl)

**Was ist PPP?**

PPP ist mittlerweile die am weitesten verbreitete Form von Beteiligungsformen des Privatsektors an Einrichtungen der öffentlichen Hand. Bund, Städte und Gemeinden suchen zur Realisierung ihrer Infrastrukturmaßnahmen zunehmend Partner aus der Privatwirtschaft. Bei diesen PPP-Projekten bleibt die Infrastruktur meist im Besitz der Öffentlichen Hand, während die Privaten das Management, die technologische Entwicklung, die Realisation und vielfach auch die Finanzierung des Projekts übernehmen.

**Wer förderte PPP?**

Die rot-grüne Koalition kann für sich beanspruchen die Etablierung von PPP entscheidend vorangetrieben zu haben. Im Sommer 2005 stimmten Bundestag und Bundesrat für das „Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung von Öffentlich Privaten Partnerschaften und zur Verbesserung gesetzlicher Rahmenbedingungen für Öffentlich Private Partnerschaften“. Dadurch wurden die Vergaberegeln für die Abwicklung von PPP-Modellen entscheidend erleichtert, Steuervorteile geschaffen und sogar Privatunternehmen gestattet im Zuge eines privatisierten Fernstraßenbaus Mautgebühren zu erheben. Im Koalitionsvertrag von CDU/CSU vom November 2005 wurden PPP als Weg gepriesen „um Defizite öffentlicher Leistungserbringung zu schließen.“ Es ist schon bemerkenswert, wenn die SPD jetzt im NRW-

.Kommunalwahlkampf fordert, den Ausverkauf öffentlicher Unternehmen zu stoppen, aber in der Vergangenheit alles getan hat, um diesen Ausverkauf voranzutreiben gerade auch in der PPP-Form.

## **PPP in NRW**

NRW kommt in Sachen Privatisierung und PPP-Modelle bundesweit eine Vorreiterrolle zu. Die schwarz-gelbe Koalition hatte 2005 vereinbart: „Die öffentliche Hand darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben nur dann wirtschaftlich betätigen, wenn ein dringender öffentlicher Zweck durch private Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.“ Damit war der Weg offen den Druck auf die Kommunen massiv zu erhöhen, weitere Teile der Daseinsfürsorge zu privatisieren oder verstärkt auf PPP-Modelle zu setzen. So lieferte die Landesregierung NRW das Gemeinwohl an die Privatwirtschaft aus.

## **Die konkreten PPP-Projekte**

Mittlerweile laufen in NRW 22 Pilotprojekte zur Förderung von PPP angefangen von der Planung, Neubau, Finanzierung und Betrieb eines Unterrichtsgebäudes an der Ruhr-Universität in Bochum über den Betrieb eines Berufschulzentrums in Leverkusen bis zur Umstrukturierung der „Hafen und Bahnbetrieb“ in Krefeld. Die PPP-Initiative NRW unter Leitung des Finanzministeriums gibt dabei weitreichende Ziele für die Zukunft aus: „In verschiedenen Pilot-Projekten werden derzeit konkrete Erfahrungen mit PPP gesammelt. Mittelfristig soll die PPP-Initiative über die Mobilisierung von privatem Kapital und Know How zur Entlastung des Landeshaushalts und der kommunalen Haushalte beitragen. Langfristig sind weitere PPP-Projekte und - Anwendungsfelder in NRW möglich, wenn sich die jetzt angestoßenen "Piloten" bewähren.“ (PM 27.10.2008).

## **Die große PPP-Koalition**

Hinter der Privatisierungsform PPP steht eine große Koalition aus SPD/FDP/Grünen und CDU/CSU. Alle bisher öffentlichen Bereiche sollen der Privatisierung noch schneller geöffnet werden als es bisher schon möglich war. PPP ist eine Form der Privatisierung bei der es um die „profitorientierte Ausrichtung gemeinschaftlicher Aufgaben“ (Rügemer) geht. Das Risiko trägt dabei die öffentliche Hand, die Gewinne streichen die Privaten ein. Angeblich soll die öffentliche Hand dabei der weiteren Verschuldung entgehen, und stürzt sich dabei durch heimliche, langfristige und neue Verpflichtungen in noch tiefere Verschuldung. Bürgerinnen und Bürgern und insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden dabei „für dieselben oder eher noch schlechteren Leistungen noch mehr Lasten aufgebürdet als vorher“ (Rügemer).

**Zum Weiterlesen:**

Rüdiger Lietke: Wir privatisieren uns zu Tode, Frankfurt am Main 2007

Werner Rügemer: Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz; Münster 2006

PPP-Pilotprojekte in NRW: <http://www.ppp.nrw.de/>